Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtrag- 18 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Nonpareillezeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 77. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" **Wilsdruff-Dresden** Postscheck: Dresden 2640 **Freitag, den 1. April 1927**

Das Zündholz.

Es ist doch wohl der allergewöhnlichste, am meisten verbrauchte „Gegenstand des täglichen Bedarfs", dieses kleine Zündholz, um das sich jetzt aber im Reichstag eine wochenlange Beratung erhoben hat. Denn gerade weil, wie kaum etwas Zweites, das Zündholz Gegenstand größten Massenkonsums, außerdem ein Artikel ist, wie es ihn in der hier vorliegenden Einheitlichkeit und in der Massenhaftigkeit des gleichartigen Verbrauchs in der ganzen Welt selten wieder gibt, ist auf diesem Zündholz ein fast die ganze Welt umspannendes Herstellungsmonopol entstanden. Der schwedische Finanzier Ivar Kreuger ist es, der drei Viertel der Weltproduktion beherrscht, auch von der deutschen Erzeugung gehören ihm schon 70 %.

Vor einiger Zeit hat nun die Reichsregierung dem Reichstag ein Gesetz vorlegen lassen, das den langen Titel: „Gesetz für die Erlaubnispflicht für die Herstellung von Zündhölzern" trägt, aber viel kürzer das Zündholzsperrgesetz genannt wird. Im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages hat man soeben den Entwurf allerdings unter nicht unwesentlichen Änderungen angenommen, nicht ohne mit diesen Änderungsbeschlüssen bei der Regierung auf Widerspruch zu stoßen. Auf Veranlassung der Regierung haben nämlich alle deutschen Zündholzfabriken ein syndikatähnliches Gebilde gegründet, die „Deutsche Zündholz-Verkaufs-A.-G.", das nun durch das „Sperrgesetz" vor einem neu auftretenden Außenseiterwettbewerb geschützt werden soll. Nur die Konsumvereine bleiben mit ihrer Erzeugung, die ja nur für den Verkauf an Mitglieder bestimmt ist, draußen. Das Syndikat zählt aber zu den ihm angeschlossenen Betrieben auch solche, die nicht mehr ganz modern sind und deswegen mit höchstens 60 % ihrer Leistungsfähigkeit arbeiten. Durch das Sperrgesetz soll nun die Errichtung neuer Fabriken ebenso wie eine Steigerung der bisherigen Erzeugung in den bestehenden von der Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums abhängig, also praktisch fast unmöglich gemacht werden. Syndikat und Sperrgesetz hängen aufs engste zusammen, da jenes dazu dienen soll, die wenigen deutschen Fabriken vor der vernichtenden Konkurrenz der Schweden zu schützen. Gewiß ist dadurch nun der Markt einem Verkaufsmonopol unterworfen, aber das Syndikat hat mit der Regierung vertraglich vereinbart, daß diese das Recht haben soll, nicht bloß gegen Preiserhöhungen Einspruch zu erheben, sondern sogar Preisherabsetzungen zu verlangen. Außerdem bleibt es ihr ja immerhin unbenommen, durch Zulassung der Errichtung neuer Fabriken preisregelnd zu wirken. Die einzelnen Fabriken erhalten — genau wie in der Kaliindustrie — hinsichtlich der ihnen zugesprochenen Erzeugungsmengen eine „Quote", eine bestimmte Zahl; der Reichstagsausschuß will nun verhindern, daß auf Grund von Stillegungen usw. etwa innerhalb des Syndikats ein „Quotenhandel" getrieben wird, wie es beim Kali gang und gäbe ist.

Kommt das Sperrgesetz nicht zustande, so ist mit einem alsbaldigen Auseinanderfallen des Syndikats, einem schnell beendigten Konkurrenzkampf der drei „Schwedenkonzerne" in Deutschland gegen die wenigen jetzt noch bestehenden freien Betriebe und damit der restlosen Auslieferung des deutschen Verbrauchs an das schwedische Weltmonopol zu rechnen. Andererseits muß beim Zustandekommen des Gesetzes endlich darangegangen werden, die vielfach veralteten Herstellungsarten zu modernisieren, die Betriebe also zu rationalisieren, die Gestehungskosten dadurch energisch herabzudrücken. Die Regierung hat durch das Sperrgesetz die notwendigen Mittel in der Hand, das alles zu erzwingen. Denn es darf nicht geschehen, daß ein Industriezweig künstlich durch Regierungsmaßnahmen am Leben erhalten wird auf Kosten der Verbraucher.

Dawes-Plan vor dem Reichstag.

(301. Sitzung.) CB. Berlin, 31. März.

Gegen einen kommunistischen Antrag, sofort die chinesischen Kriegswirren zu besprechen und gegen den britischen Imperialismus Protest zu erheben, wurde Einspruch erhoben. Die zweite Lesung des Reichshaushalts wurde fortgesetzt beim

Haushalt für die Kriegslasten.

Abg. Dr. Dessauer (Ztr.) wies darauf hin, daß die Gesamtlast der Reparationen bei Erreichung ihrer vollen Höhe vier Milliarden betragen werde, das sei so viel wie der gesamte Vorkriegshaushalt des Deutschen Reiches. Die Reparationen im letzten Jahre hätten nur deshalb so verhältnismäßig reibungslos aufgebracht werden können, weil über 2,3 Milliarden Auslandsgeld nach Deutschland geflossen sei, was sich wohl kaum wiederholen werde. Deutschland erwarte die Bereitwilligkeit zur Revision der Bestimmungen auf der anderen Seite.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) ersuchte die Regierung, aus dem Etat alles verschwinden zu lassen, was über die Zahlung von 2½ Milliarden hinausginge. Die Besatzungskosten habe z. B. die Entente zu tragen. Der Redner nannte das Urteil des Haager Gerichtshofes, das eine Anrechnung der Liquidationsentschädigungen auf die Reparationslasten ablehnte, eine der größten Ungerechtigkeiten und verlangte, daß die Entschädigungen endlich auf Grund gesetzlicher Ansprüche gezahlt würden.

Abg. Dr. Quaatz (Dtn.) glaubt, daß die Steuerlast des deutschen Volkes nicht mehr stärker angespannt werden könne, zumal das jedesmal automatisch eine Steigerung der Reparationslasten zur Folge habe. Abg. Keil (Soz.) erklärte, daß die Reparationen schon zur Verelendung großer Teile des deutschen Volkes geführt hätten. Daran sei aber die deutsche Wirtschaft und Sozialpolitik mit schuld. Abg. Schneider-Dresden (D. Vp.) betonte die erfreuliche Übereinstimmung der Redner aller Parteien in der Reparationsfrage. Abg. Dr. Rosenberg (Komm.) meinte, die Regierung hätte keinen Versuch gemacht die Dawes-Lasten herabzudrücken. Abg. Buchwitz (Soz.) erklärte, die Mittel zur Entschädigung der Liquidationsgläubiger könnten nicht durch Ersparnisse auf Kosten der Kriegsbeschädigten und anderer Sozialetats gewonnen werden. Man müsse neue Steuern schaffen.

Darauf wurde der Kriegslastenetat unverändert angenommen und die Sitzung auf nachmittag vertagt.

Die Reichsfinanzverwaltung.

In der nach der Pause fortgesetzten Sitzung wurde die zweite Lesung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums und des Haushaltsgesetzes begonnen.

Abg. Simon-Schwaben (Soz.) erhob Protest dagegen, daß die Regierungsparteien, um das Defizit von ¾ Milliarden zu decken, eine Reihe wichtiger sozialpolitischer Ausgaben gestrichen haben. Der Redner beantragte Abschaffung der Zuckersteuer, Besteuerung der Spekulationsgewinne, Erhöhung der Erbschafts- und Vermögenssteuern. Beseitigt werden müsse die Steuersabotage der Landwirte.

Abg. Dr. Gereke (Dtn.) erklärte, die Arbeit der Finanzämter müsse durch eine Reorganisation erleichtert werden. Der Redner bat um baldige Vorlegung des Rahmengesetzes für die Realsteuern. Der Vorwurf der Steuersabotage in der Landwirtschaft sei ganz unbegründet. Man dürfe Einzelfälle nicht verallgemeinern.

Abg. Dr. Schetter (Ztr.) würdigte die Leistungen der Finanzbehörden und meinte, die Klagen über zu rigoroses Vorgehen seien verstummt. Der Redner verlangte dann Niederschlagung der Steuerrückstände bis 1924. Von allgemeiner Steuerdrückerei in der Landwirtschaft könne man nicht sprechen. Gegen wirkliche Steuersabotage müsse natürlich scharf durchgegriffen werden. Der Redner lehnte schließlich die beantragte Einkommensteuerveranlagung nach dem dreijährigen Durchschnitt ab, weil die Zeit dafür noch nicht reif sei.

Dr. Kremer (D. Vp.) erklärte den Abbau der Beamten der Reichsverwaltung als zu übereilt vorgenommen. Grundsätzlich müßte man allerdings mit einer möglichst geringen Beamtenzahl auskommen. Die Steuerstatistiken sollten möglichst vorgelegt werden. Der Redner trat schließlich für eine Abkürzung des Grenzdienstes der Zollbeamten ein und versprach dem Minister Unterstützung bei der Drosselung der Ausgaben.

Die jugoslawisch-italienische Spannung.

Keine Mobilisierung in Albanien.

Reuter erfährt: Infolge eines weiteren Meinungsaustausches zwischen den interessierten Regierungen ist der ursprüngliche Plan einer Untersuchung der jugoslawisch-albanischen Grenzlage durch militärische Sachverständige mehr oder weniger beiseitegeschoben worden, da verschiedene Einwände gegen diesen Plan sowohl in Rom als auch in Belgrad erhoben worden sind. Es verlautet, daß die britische Regierung am meisten für direkte Verhandlungen zwischen der italienischen und der jugoslawischen Regierung über die Regelung aller Streitfragen insbesondere bezüglich der Adria eintritt. Auch von Belgrad aus wird bekanntgegeben, daß man damit rechnet, die Lösung des Konflikts mit Italien werde durch unmittelbare Verhandlungen erfolgen, da die Untersuchungsvorschläge als abgetan betrachtet werden.

Nach dem „Journal des Debats" dementiert man am Quai d'Orsay nachdrücklich das Gerücht von einer allgemeinen Mobolisierung in Albanien.

*

15 Todesurteile in Albanien.

Wie die Zeitung „Liria Kombetare" meldet, hat das Kriegsgericht von Skutari wegen des nordalbanischen Aufstandes gegen Achmed Bei Zogu im November des vergangenen Jahres 15 Angeklagte zum Tode und 231 Angeklagte zu Strafen von zusammen 1598 Jahren verurteilt. Weitere 14 Angeklagte, denen es gelungen war, ins Ausland zu flüchten, wurden in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Gegen 26 Personen ist das Anklageverfahren noch nicht durch Urteil abgeschlossen.

Feldgerichte gegen die litauische Opposition.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin, 31. März. Der A. D. D. meldet aus Riga: Nach den hier aus Litauen eintreffenden Nachrichten herrscht in Kownoer Regierungskreisen eine ungewöhnliche Nervosität, die sich auch durch die in den letzten Tagen vorgenommenen Verhaftungen maßgeblicher Politiker der Opposition direkt kundgegeben hat. Die Regierung Woldemaras scheint einen großen Schlag gegen die Opposition vorzubereiten, die sie deutlich beschuldigt, eine Einheitsfront mit den Kommunisten bilden zu wollen, um die gegenwärtige Regierung durch eine revolutionäre Erhebung zu stürzen. Die 60 verhafteten Angehörigen der Opposition, die sich vorwiegend aus Volkssozialisten und Sozialdemokraten zusammensetzen, sollen wegen Hochverrats vor ein Militärgericht gestellt werden. Für die Beseitigung der angeblichen Rädelsführer (zwei Laboranten, zwei Studenten und zwei Soldaten) scheint der litauischen Regierung das militärgerichtliche Verfahren noch nicht zu genügen, da noch hier bekannt gewordenen Nachrichten die Absicht in Kowno besteht, diese sechs Verhafteten sofort vor ein Feldgericht zu stellen, was nur das Todesurteil zu Folge haben kann.

In den litauischen Oppositionskreisen herrscht eine ungeheure Empörung wegen dieser Absichten der Regierung Woldemaras, zumal bereits durch das offiziöse Regierungsorgan bekannt geworden ist, daß die gegenwärtige litauische Regierung auch die Immunität der oppositionellen Abgeordneten aufzuheben droht, und um angeblichen revolutionären Versuchen rechtzeitig vorzubeugen. — Daß diese Nachrichten keinesfalls übertrieben sind, beweist auch die Tatsache, daß die litauische Regierung eine Note an sämtliche ausländische Vertretungen in Kowno sowie eine entsprechende Mitteilung an ihre Gesandtschaften im Auslande gerichtet hat, in der sie ihre ernsten Besorgnisse wegen der angeblichen Bedrohung der Staatsordnung durch revolutionäre Elemente zum Ausdruck bringt. Die Angehörigen der litauischen Oppositionsparteien weisen demgegenüber darauf hin, daß die wirklichen Zusammenhänge vertuscht werden sollen und erklären mit Entschiedenheit, daß von irgendeinem Zusammenschluß der Volkssozialisten und Sozialdemokraten mit den Kommunisten zum Zwecke einer revolutionären Erhebung gegen die Regierung nicht die Rede sein kann und daß die Regierung Woldemaras sich dieses Vorwandes nur bedient, um auf bequeme Weise die linken Oppositionsparteien, die der Regierung Woldemaras vor allem in der Außenpolitik unbequem sind, niederzuknüppeln. Die litauischen Oppositionsparteien beabsichtigen, nach den hier bekannt gewordenen Nachrichten einen „Appell an das Weltgewissen" zu richten, um die drohende Erschießung der sechs Verhafteten noch in letzter Stunde zu verhindern, nachdem alle anderen Bemühungen in Litauen selbst zu keinem Erfolge geführt haben.

Fortdauer der Plünderungen in Nanking

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

London, 31. März. Wie die englische Admiralität mitteilt, dauern die Plünderungen in der britischen Konzession in Nanking an. Das Landen ist mit Lebensgefahr verbunden. Unterwegs befindliche Flußdampfer sind der Beschießung ausgesetzt.

*

Beunruhigung in Paris über die Lage in China.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Paris, 31. März. Im heutigen Kabinettsrat erstattete Außenminister Briand Bericht über die außenpolitische Lage und besonders über die Ereignisse in China. In amtlichen französischen Kreisen neigt man jetzt zu einer ernsteren Beurteilung der Lage in China. Allerdings geht aus einem Telegramm des französischen Admirals Bastier hervor, daß in Schanghai und in der französischen Konzession die Lage ruhig ist.

Das Handelszusatzabkommen in Paris unterzeichnet.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Paris, 31. März. Das Zusatzabkommen zu dem vorläufigen Handelsabkommen und den wirtschaftlichen Vereinbarungen zwischen Deutschland und Frankreich ist heute abends um 7,45 Uhr am Quai d'Orsay von dem deutschen Botschafter Herrn von Hoesch, dem französischen Außenminister Briand und dem französischen Handelsminister Bokanowski unterzeichnet worden.

Angriff auf Frankreichs Konzession in Schanghai.

Die Vorgänge in Nanking.

Der Korrespondent der „Information" in Schanghai berichtet über mehrere Zwischenfälle. Die Chinesen hätten versucht, die Tore der französischen Konzession niederzulegen. Die französischen Soldaten hätten feuern müssen. Ein oder zwei Chinesen seien getötet worden. Die Bolschewisten würden immer unternehmungslustiger. Man stelle die Kinder in die erste Reihe der Meuterer. Unter den Ausländern herrsche große Erregung. Die Lage sei ernst. Trotz des anscheinend normalen Aussehens der Konzession schienen Verstärkungen unbedingt notwendig zu sein, besonders um die Ablösung zu erleichtern. Tschangkaischek scheine gegenüber der örtlichen provisorischen bolschewistischen Regierung machtlos zu sein.

Chamberlain erklärte im Unterhaus, daß zurzeit Maßnahmen erwogen werden, um eine ähnliche Situation, wie sie jetzt in Hankau bestehe, in Tientsin zu verhindern. In der Nachbarschaft von Tientsin ständen augenblicklich etwa 4700 Mann britische und andere ausländische Trup-